

Zürich, 8. Juli 2020

Fraktionserklärung

Rechnung 2019 verletzt übergeordnetes Recht

Der Stadtzürcher Steuerzahler ist sich einiges gewohnt: Dank satter Mehrheiten in der in Regierung und im Stadtparlament gängelt Rot-Grün den Bürger seit Jahren mit zu hohen Steuersätzen. Nur dank jährlichen Rekordsteuereinnahmen konnte die Exekutive in den letzten Jahren positive Rechnungsabschlüsse präsentieren. So auch für das Jahr 2019.

Doch was jetzt auf dem Tisch liegt, ist ein Skandal. Ein Skandal, den diese Stadt noch nicht erlebt hat. Begonnen hat es mit einem Eingeständnis von Finanzvorsteher Daniel Leupi. Im Januar dieses Jahres eröffnete er der Öffentlichkeit, dass die Stadt einen ausserordentlichen Abschreiber von 176 Millionen Franken beim Bettenhaus Triemli vornehmen muss. Wir erinnern uns: Das hochgelobte, im März 2016 eröffnete Bettenhaus kostete rund 300 Millionen Franken. Nach weniger als drei Jahren soll mehr als die Hälfte des Investitionsbetrages abgeschrieben werden! Dieser Abschreiber ist das Eingeständnis der eigenen Fehlplanung und des Grössenwahns von Rot-Grün. Nun versehen mit dem amtlichen Siegel von Stadtrat Leupi.

Die Beratung der Rechnung in der RPK hat dann zu Tage getragen, dass der ausserordentliche Abschreiber gegen das Gemeindegesetz des Kantons Zürich verstösst. Was der Stadtrat getan hat, entbehrt einer gesetzlichen Grundlage. Wir müssen dies als Skandal bezeichnen. Die Exekutive des Gemeinwesens mit dem drittgrössten Haushalt dieses Landes bewegt sich ausserhalb von Recht und Gesetz. Für die Rechnung 2019 muss der Stadtrat geradestehen, eine Décharge für Gesetzesbruch kann nicht erteilt werden. Die SVP-Fraktion wird die Rechnung aus diesem Grund ablehnen.

Auch mit dem gesetzeswidrigen Abschreiber von 176 Millionen Franken wurde noch ein Ertragsüberschuss erzielt: Er liegt bei 83,2 Millionen Franken. Der positive Rechnungsabschluss ist jedoch nicht einer schlanken Verwaltung zu verdanken, die sich auf die notwendigsten Aufgaben fokussiert. Im Gegenteil. Der rot-grüne Stadtrat hat die Stadtverwaltung zu einem monströsen Gebilde ausgebaut, mit vielen unnötigen Projektstäben, Fachstellen und Dienstabteilungen, die sogar die Privatwirtschaft in der Stadt bedrängen. Ein Beispiel dafür: Abteilungen von Grün Stadt Zürich konkurrenzieren die Floristen und Gärtnereien in der Trauerfloristik.

Die Steuerzahler und die gute Wirtschaftslage haben den stetigen links-grünen Leistungsausbau der letzten Jahre kaschiert und finanziert. Diese Phase der Glückseligkeit ist nun vorbei. Die Corona-Pandemie katalysiert die Wirtschaft in eine Rezession. Wir werden mit steigenden Ausgaben im Sozialbereich rechnen müssen. Auch die Corona-Mehrausgaben der vergangenen Monate werden auf die städtischen Finanzen durchschlagen. Ein Defizit im dreistelligen Millionenbereich prognostiziert der Stadtrat derzeit für die Rechnung 2020.

Dies müsste Grund genug sein, damit die Exekutive jetzt die Weichen stellt, damit Zürich nicht vollends unter die Räder kommt: Ab 2022 muss die Stadt wieder ausgeglichene Rechnungen präsentieren. Alles Wünschbare und Gutgemeinte ist konsequent zu streichen. Mit einer Verzichtsplanung ist bei bereits bewilligten Stellen der Gürtel enger zu schnallen. Das Wort «Stellenausbau» muss aus dem Vokabular des Stadtrates gestrichen werden.

SVP-Gemeinderatsfraktion der Stadt Zürich

Doch der Stadtrat bleibt stur: Die beiden Postulate 2020/225 und 2020/226 der FDP- und der SVP-Fraktion vom 3. Juni 2020, die eben dies fordern, beantragt er zur Ablehnung. Beides sind Forderungen, welche in der derzeitigen Krisenlage eine Selbstverständlichkeit darstellen.

Die SVP-Fraktion verortet die Stadtfinanzen am rot-grünen Abgrund, doch der Stadtrat ist nicht willens, ein Wendemanöver einzuleiten. Das sind düstere Aussichten für die Bürger der Stadt.

Weitere Auskünfte:

Susanne Brunner, Gemeinderätin, RPK-Mitglied, Tel. 079 210 77 54

Roger Bartholdi, Gemeinderat, Fraktionspräsident, Tel. 076 566 00 66